



Akzeptanz der Marktwirtschaft:

Einkommensverteilung, Chancengleichheit und die Rolle des Staates

Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi

Pressekonferenz 6. November 2009

Eine als ungerecht empfundene Verteilung von Chancen und Risiken stellt für viele Bürger den zentralen Kritikpunkt am marktwirtschaftlichen System dar. Diese Kritik mündet nicht selten in Forderungen an die Politik, durch direkte staatliche Eingriffe in die Marktprozesse stärker Einfluss auf die Verteilung der Einkommen zu nehmen und die Bürger besser vor den Risiken des Marktes zu schützen – sei es über gesetzliche Mindestlöhne, die gesetzliche Begrenzung von Managergehältern oder über die Stützung eigentlich insolventer Unternehmen.

Der Wissenschaftliche Beirat beim BMWi nimmt in seinem aktuellen Gutachten eine Bestandsaufnahme der Einkommensverteilung, der Risiken auf dem Arbeitsmarkt und der intergenerationalen Mobilität vor. Im Anschluss daran werden wirtschaftspolitische Optionen diskutiert. Der Beirat kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Verteilung der Markteinkommen in Deutschland ist ungleicher geworden. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Technischer Fortschritt und die Globalisierung spielen eine wichtige Rolle. Diesen Entwicklungen kann sich die nationale Politik nicht widersetzen, ohne erhebliche Wohlfahrtsverluste in Kauf zu nehmen. Für die Entwicklung der Einkommensverteilung ist die Arbeitslosigkeit von entscheidender Bedeutung; die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre haben gerade gering Qualifizierten den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Das bestehende Sozial- und Steuersystem hat zudem dazu beigetragen, dass sich die größere Ungleichheit der Markteinkommen kaum in einer größeren Ungleichheit der verfügbaren Einkommen niedergeschlagen hat.
2. Die Abhängigkeit der Bildungsleistungen vom familiären Hintergrund ist in Deutschland größer als in ähnlichen Industrieländern. Angesichts des engen Zusammenhangs zwischen Bildungsstand einerseits und Arbeitslosigkeit bzw. Einkommen andererseits hat dies unmittelbaren Einfluss auf die langfristige

Verteilung der Einkommen. Daher sollte der Staat langfristige Maßnahmen nicht aus den Augen verlieren, die auf bessere Chancen aller Bürger abzielen, an einem ergebnisoffenen Marktprozess teilzunehmen. Insbesondere sollten Anstrengungen unternommen werden, auch Kinder aus bildungsfernen Bevölkerungsgruppen so früh wie möglich und so lange wie möglich zu fördern.

3. Die Politik sollte dagegen nicht direkt in die Preisbildung am Arbeitsmarkt eingreifen. Im Bereich der Niedrigeinkommen ist eine positive Wirkung von Mindestlöhnen wegen der wahrscheinlichen Beschäftigungsverluste nicht zu erwarten. Im Bereich der höheren Einkommen stellt die Setzung von Obergrenzen für Managergehälter einen Eingriff in den Entscheidungsspielraum der Unternehmen dar. Änderungen der Haftungs- und Transparenzregeln können es den Aktionären ermöglichen, ihre Kontrollfunktion besser auszuüben.
4. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise dürften erst in den kommenden Monaten am Arbeitsmarkt spürbar werden. Der Verlust des Arbeitsplatzes wird insbesondere deswegen als große Gefahr empfunden, weil die sozialen Sicherungssysteme mittelfristig nicht wie bisher eine Statussicherung ermöglichen, sondern lediglich eine Mindestsicherung bieten. Eine gute Funktionsweise der Arbeitsmärkte ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Arbeitslosigkeit nicht dauerhaft ansteigt. Da die Agenda 2010 gerade das Ziel hatte, die Funktionsweise der Märkte zu verbessern, sollten diese Reformen nicht zurückgenommen werden.
5. Gerade im Verlauf der Wirtschaftskrise hat das bestehende Sozialsystem in Deutschland seine Schutzfunktion für die Arbeitnehmer vergleichsweise gut erfüllt. Auch daher besteht keine Veranlassung, einzelne Unternehmen oder Industrien durch protektionistische Maßnahmen vor außenwirtschaftlichen Risiken zu schützen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass von der Offenheit der Güter- und Finanzmärkte erhebliche positive Wohlfahrtseffekte ausgehen.